



Presseinformation

Nr. 167/2007

Kiel, Mittwoch, 30. Mai 2007

Innen/G8-Gipfel/Polizeieinsatz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Heiner Garg: „Überstunden für Einsatzkräfte in Heiligendamm sollen bezahlt werden“

- Antwort auf Kleine Anfrage der FDP –

Zur Antwort des Innenministeriums auf seine Kleine Anfrage zum Thema „Einsatz von schleswig-holsteinischen Polizeikräften beim G8-Gipfel in Heiligendamm (Drucksache 16/1397) erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Wir begrüßen es, dass die Landesregierung die Überstunden der Einsatzkräfte in Heiligendamm auch bezahlen will. Bei 140.000 Überstunden von insgesamt 225.000 Einsatzstunden gibt es hierzu auch keine Alternative. Zeigen diese Zahlen doch, dass die Überstunden die reine Arbeitszeit um mehr als das Anderthalbfache übersteigen“, so Garg.

“Wir bedauern allerdings, dass die Überstunden nicht vergütet werden sollen, die die Polizeikräfte in diesem Zeitraum hier im Land ableisten, um die Kräfte zu ersetzen, die wegen des G8-Gipfels im Land fehlen. Hier wird nicht mit gleichem Maß gemessen. Die Ursache liegt wahrscheinlich darin, dass das Land diese Kosten nicht in Rechnung stellen kann, obwohl sie auch durch den G8-Gipfel verursacht werden“, so Garg abschließend.

Anlage: Kleine Anfrage

www.fdp-sh.de



Kiel, den **29. Mai 2007**
Gesehen

Der Präsident
d. Schleswig-Holsteinischen Landtages
im Auftrage

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Einsatz von schleswig-holsteinischen Polizeikräften beim G8-Gipfel in Heiligendamm

Vorbemerkung:

Im Wedel-Schulauer-Tageblatt vom 05.05.2007 wird über die Forderung des Innenministers berichtet, dass den Polizeikräften, die für den Einsatz zum G8-Gipfel in Heiligendamm abgestellt werden, die dort angesammelten Überstunden ausbezahlt werden sollen. Der Innenminister habe darüber hinaus bereits einen förmlichen Antrag beim Finanzminister gestellt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Einsatzstunden werden die zum G8-Gipfel bereitgestellten schleswig-holsteinischen Polizeikräfte voraussichtlich absolvieren? Wie viele Überstunden werden für diese Einsatzkräfte voraussichtlich anfallen?

Antwort:

Nach der derzeitigen Einsatzplanung ist von einer Größenordnung in Höhe von 225.000 Einsatzstunden auszugehen, wobei hiervon 140.000 Stunden im Rahmen von Mehrarbeit geleistet werden.

2. Trifft es zu, dass der tägliche Einsatzdienst für die während des G8-Gipfels in Schleswig-Holstein eingesetzten Polizeikräfte heraufgesetzt wird, um die notwendige Polizeipräsenz im Land zu gewährleisten? Wie viele Überstunden werden für diese Kräfte voraussichtlich anfallen?

Antwort:

In Abhängigkeit des Einsatzverlaufes während des G8-Gipfels sind die Wirkungen auf die Sicherheitslage in Schleswig-Holstein ständig zu bewerten, wodurch in Reaktion auf eventuelle Ereignisse auch eine Mehrbelastung für die vorhandenen Kräfte des täglichen Einsatzdienstes nicht auszuschließen ist.

Die derzeitige Bewertung der Sicherheitslage erfordert keine konkreten Planungen, wie zum Beispiel die Umstellung auf 12-Stunden-Schichten, so dass sich denkbare Belastungen in Form von Mehrarbeit momentan nicht quantifizieren lassen.

3. Trifft es zu, dass den Polizeikräften, die für den Einsatz zum G8-Gipfel in Heiligendamm abgestellt werden, dort angesammelte Überstunden ausbezahlt werden und wenn ja in welchem Umfang, und sollen die benötigten Mittel ggf. aus dem Polizeihaushalt erwirtschaftet werden? Wurden hierzu bereits Gespräche zwischen dem Finanzministerium und dem Innenministerium geführt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Es ist geplant, den Polizeikräften, die für den Einsatz zum G8-Gipfel in Heiligendamm abgestellt werden, auch die finanzielle Vergütung der Mehrarbeitsstunden aus diesem Einsatz vollständig zu ermöglichen.

Da das Personalkostenbudget der Polizei finanzielle Möglichkeiten dafür derzeit nicht bietet, sollen die erforderlichen Mittel aus der einsatzbezogenen Kostenerstattung des Landes Mecklenburg-Vorpommern entnommen werden, wobei diesbezügliche haushaltstechnische Detailfragen unter dem Zustimmungsvorbehalt des Finanzministeriums stehen und daher zusammen mit dem Innenministerium derzeit einer Klärung zugeführt werden.

Insofern liegt zu diesem Zeitpunkt ein belastbares Ergebnis noch nicht vor.

4. Plant die Landesregierung ggf. ebenfalls die Überstunden für die nicht beim G8-Gipfel eingesetzten Polizeikräfte zu vergüten und wenn ja, in welchem Umfang? Wurden hierzu bereits Gespräche zwischen dem Finanzministerium und dem Innenministerium geführt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Es ist nicht beabsichtigt, eventuell anfallende Mehrarbeit der nicht beim G8-Gipfel eingesetzten Polizeikräfte finanziell zu vergüten.

Bei tatsächlichem Anfall von Mehrarbeit würde die Vergütung durch Freizeit im Rahmen entsprechender Dienstplangestaltung erfolgen.